

**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax : (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 03.11.2015

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Schule und Weiterbildung vom 19.10.2015****öffentlich****4.1 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das
Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln und Neubau
einer 2-fach Turnhalle für das Berufskolleg Weinsbergstr. inklusive zu-
sätzlicher Funktionsräume für die Außensportanlage
3782/2014**

Herr Philippi übernimmt die Leitung der Sitzung, da Herr Dr. Schlieben noch zu einem Anstusstermin muss.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), befürchtet sehr hohe Baukosten, wenn die Kosten für die Planungsphasen I bis III schon 1,013 Millionen Euro betragen. Sie hält es für überflüssig, die Energiestandards zu vergleichen, da bei einem Planungsbeginn ab sofort zwangsläufig die EnEV 2016 angewendet werden müsse.

Frau Heuer fragt nach, ob dieser Einwand als Beschlussvorschlag verstanden werden solle, dass man künftig immer nach dem aktuell gesetzlich vorgeschriebenen Energiestandard bauen solle.

Frau Ruffen möchte dies so nicht generell für bereits laufende Baumaßnahmen verstanden wissen, regt aber an, dies für zukünftig zu planende Baumaßnahmen zu beschließen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, liest in der Vorlage, dass die Verwaltung nicht vertreten möchte, dass die Umkleideräume der bereits vorhandenen Sporthalle von Nutzer/innen der angrenzenden Bezirkssportanlage mit benutzt werden. Das sieht er anders, weil es bisher auch funktioniert habe und eine Doppelnutzung auch zeitlich koordinierbar sein müsse. Deshalb fordert er, dass die Umkleideräume der Bezirkssportanlage nicht erweitert werden sollen und die Erweiterung der Umkleideräume in der Schulturnhalle von den Nutzer/innen der Bezirkssportanlage mit genutzt wird. Das setze voraus, dass ein begründeter Bedarf für mehr Umkleideräume für die Bezirkssportanlage besteht. Auf Bitten von Herrn Philippi sagt er zu, seine Fragen schriftlich zum Protokoll einzureichen.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass ein „unverzögerlicher Beginn der Planung“, wie in der Vorlage gefordert, praktisch nicht möglich ist, weil bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ca. 80 Stellen unbesetzt sind. Das gelte auch für zahlreiche bereits beschlossene Baumaßnahmen. Deshalb bittet er darum, dass die Verwaltung eine Prioritätenliste vorlegt. Im Fall der Schule Danzierstraße habe man geplant und ist erst anschließend zu dem Ergebnis zu kommen, dass die Baumaßnahme mangels Priorität zurückzustellen ist. Unnütze Planung sei mangels Personal nicht vertretbar. Deshalb müsse vor Beginn der Planung festgelegt werden, in welcher Reihenfolge die Bauten umgesetzt werden müssen. Es sei nicht möglich, alles umzusetzen. Bei der Kreuzgasse werde keine Erweiterung geplant. Es werden aber vordringlich neue Schulplätze benötigt. Deshalb müssten zunächst Schulen gebaut werden, an denen neue Klassenräume geschaffen werden.

Herr Philippi erinnert daran, dass sich der Ausschuss schon mehrfach mit der Forderung nach einer Prioritätenliste beschäftigt hat. Eine solche Liste sei nicht unproblematisch, weil die Schulen mit niedriger Priorität genau wissen möchten, warum ihre Schule nicht berücksichtigt wird. Zudem sei zu hinterfragen, warum gerade die Gebäudewirtschaft eine Priorisierung der Maßnahmen vornehmen soll und nicht das Amt für Schulentwicklung. Herr Philippi hält es für problematisch, wenn aktuelle Vorlagen, für die ein nachgewiesener Bedarf besteht, mit grundsätzlichen Überlegungen verknüpft werden und dadurch verzögert werden.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), sieht es als wichtige Aufgabe des Schulausschusses an, den Schulen mit einem Bedarf zu signalisieren, dass man sich ihrer Probleme annimmt. Niemand werde ernsthaft erwarten, dass Maßnahmen, die im Ausschuss beschlossen wurden, auch unmittelbar umgesetzt werden. Dass man bei der Umsetzung nach Prioritäten vorgehen soll, befürwortet sie. Dabei dürfen laufende Projekte aber nicht zurückgestellt werden, weil dadurch der Eindruck entsteht, dass sich die Politik aus den getroffenen Entscheidungen zurückzieht.

Frau Ruffen sieht die Gefahr, dass weitere Schulen geschlossen werden könnten, wenn man die nötigen Sanierungen nicht beginnt. Neben dem Schaffen neuer Plätze müssten die vorhandenen Plätze auch erhalten werden. Sinnvoll sei ein Überblick über die anstehenden und die bereits laufenden Bauprojekte. Gegebenenfalls muss man Wege finden, diese abzuarbeiten, wenn die Verwaltung das nicht mehr alleine schafft.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), hält es für sinnvoll, sich über die Prioritäten beim Schulbau klar zu werden und auch die Grenzen festzulegen, was zum jetzigen Zeitpunkt nicht umgesetzt werden kann. Am Beispiel des Gymnasiums Kreuzgasse werde klar: Die Schule kommt derzeit mehr oder weniger mit dem Bestand zurecht und es wird aus der Vorlage nicht deutlich, dass hier etwas absolut Notwendiges beschlossen wird. Es gebe dagegen einen Bedarf an Turnhallen, der nachvollziehbar sei.

Frau Dr. Klein widerspricht dem Eindruck, dass die Verwaltung der Politik Bauprojekte vorschläge, welche sie für wünschenswert halte. So habe man ausdrücklich erklärt, dass man derzeit die bauliche Erweiterung des offenen Ganztages im Bereich der Grundschulen finanziell und personell nicht leisten könne. Dagegen gibt es aber die Verpflichtung, die steigenden Zahlen von Schüler/innen versorgen zu können, den Ganztage, Fachräume und dringend notwendige Turnhallen in den weiterführenden Schulen auf der Grundlage eines vorhandenen Bedarfes zu gewährleisten, der aus den steigenden Einwohnerzahlen resultiert. Daneben müssen marode Schulen saniert werden. In diesem Rahmen sollte man nicht einzelne Schulen gegen andere ausspielen.

Herr Konrads weist zur offenen Frage der Mitnutzung der Umkleiden durch die Nutzer/innen der Bezirkssportanlage darauf hin, dass der Dreck vom Aschenplatz in

die Umkleideräume der Halle transportiert werde, was zu einem höheren Abrieb führt. Es muss mehr Reinigungsaufwand betrieben werden und der Boden muss öfters ausgetauscht werden. Auch der Koordinationsaufwand zur Abstimmung der Nutzungszeiten sei sehr hoch.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, hält es schon wegen der Sicherheit und der Diebstahlsgefahr für selbstverständlich, dass eine Umkleide nicht doppelt belegt werden kann.

Herr Thelen erhofft sich aus seiner Nachfrage eine Klärung, aus welchen Gründen eine Doppelnutzung (gemeint war: zeitlich versetzt) nicht möglich sei.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), weist darauf hin, dass man seit langem nicht mehr zwischen Wünschenswertem und Notwendigem unterscheidet, sondern nur noch notwendige Maßnahmen zu entscheiden habe. Notwendige Beschlüsse, die bereits vor Jahren gefasst wurden, seien bisher nicht umgesetzt. Es gebe faktisch Prioritäten und man müsse klären, wer diese verantwortet. Deshalb müsse man auch Schulen, deren Maßnahmen zunächst zurück gestellt werden, transparent und nachvollziehbar erklären können, warum diese derzeit nicht umgesetzt werden können.

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, stellt auf das Ziel „Gesunde Schule“ ab: Es müsse präventiv sichergestellt werden, dass Schüler/innen gesund aufwachsen können. Dazu gehöre auch Bewegung z.B. in den Turnhallen, auf die man nicht verzichten könne.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, hält es für wichtig, dass man die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln in die Lage versetzt, die offenen Stellen schnell zu besetzen. Notfalls müssten Aufträge an externe Büros vergeben werden. Stattdessen die notwendigen Planungen zu reduzieren, sei der falsche Weg. Eine Prioritätenliste fordere Arbeitszeit, weil diese ständig angepasst werden müsste. Die notwendigen Baumaßnahmen sollten beschlossen werden und parallel dazu müsse man dafür sorgen, dass sie auch rasch umgesetzt werden können.

Auch Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, sieht keine Möglichkeit mehr, die notwendigen Maßnahmen durch Priorisierung zu kürzen. Die Diskussion über Prioritäten könne auch zu dem Schluss führen, dass tatsächlich alle Maßnahmen auch notwendig sind.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), bittet um eine Übersicht, die alle Planungs- und Baubeschlüsse mit ihrem aktuellen Sachstand und einer zeitlichen Planung auflistet.

Frau Dr. Klein erklärt, dass es sehr schwierig sei, einzelne Maßnahmen zu Gunsten anderer zurückzuweisen. Die sich ständig verändernde Stadt zwingt die Verwaltung, auf ständig wechselnde Anforderungen und Problematiken zu reagieren, weil sie dazu verpflichtet sei. Deshalb benötige man eine handlungsfähige Gebäudewirtschaft. Diese wurde bereits in mehreren Bereichen entlastet, wie etwa durch Fremdvergabe bei der Planung neuer Kindertagesstätten oder durch den Verzicht, das Ganztagsprogramm (OGTS) nochmals auszubauen. Frau Dr. Klein bietet an, dass die Verwaltung für alle Baumaßnahmen die Zeit-/Maßnahmenpläne zur Verfügung stellt.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, erklärt, dass man zwar im Internet die Projektdatenblätter aller Bauprojekte der Gebäudewirtschaft einsehen könne, doch gebe es dort keine Liste aller Bauprojekte.

Herr Dr. Zimmermann erinnert daran, dass die Politik bereits in der Vergangenheit eine Liste über den aktuellen Planungsstand aller Bauprojekte gewünscht habe.

Frau Volmer antwortet, dass man schon damals erklärt habe, dass jedes beschlossene Projekt über das Projektdatenblatt im Internet aufgerufen werden könne, aber nicht in Form einer Gesamtliste.

Beschluss:

Die Vorlage wird wegen Beratungsbedarf zurückgestellt zur Wiedervorlage im nächsten Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich beschlossen.